

Preussischer Landtag.

Oberhaus.

10. Sitzung am 28. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Herr von der Rede, Schönlank, Dr. Michael u. a.

Auf eine Anfrage des Herrn v. Bötticher erwidert Minister Schönlank, daß auch er die Vorschläge für ein großes Hebe- und Vertheilungsmittel entgegenstehe, wenn es auch bis jetzt nicht gelungen sei, dieselbe in wissenschaftlicher Weise einzubauen.

Herr von der Rede bittet den Minister um ein neues Geschäftsgebäude in Weitzkau.

Minister Schönlank stellt ein solches in Aussicht, für das schon weitgehende Vorbereitungen getroffen seien.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet über eine Anzahl Petitionen des Schulverwalters der Justizverwaltung um Gehaltsaufbesserung.

Gehaltsnachrichte Herr von der Rede, daß die Militärväter der Justizverwaltung in allen ihren berechtigten Ansprüchen vollkommen befriedigt werden, wie der Reichsminister selbst anerkennen habe. Wenn diese Beamten jetzt mit Petitionen kämen, so ärgerten sie kaum unerhörte Mängel.

Herr von der Rede wünscht Erstattung eines Anterschieds im Reich.

Minister Schönlank erwidert, daß nach einer genauen Prüfung sich ergeben habe, daß ein Bedürfnis für ein solches neues Amtsgeld nicht vorliege.

Die Petitionen von Militärvätern im Justizdienst auf Erstattung des Vorbereitungsdienstes werden der Regierung als Material überwiesen.

Herr von der Rede bittet um eine Beschlussempfehlung.

Herr Oberbürgermeister Schmieding, anschließend abhändelt würden die Rechte der Gemeinden in Bezug auf das Schulwesen immer mehr zurückgedrängt werden, indem die Schulen in viel zu großer Umfange als reine Staatsanstalten hin, und allmählich fast allen Vertretern der Städte die Aufsicht verleiht, daß die Rechte der Gemeinden auf diesem Gebiete beeinträchtigt würden.

Kollektionen kämen insoweit nicht selten vor, namentlich in der Schulaufsicht, da dort das Recht sich geltend macht, die Schulverwaltung immer mehr in die Verwaltung zu ziehen, um so lösen und lösen sogar eine Aufsicht über die Schulverhältnisse einzuräumen. Streitet sich auch das Recht auf die Anstellung von Lehrern, auf das die Gemeinden aus einem Widerspruch zu haben glauben. Das bestehende Recht sei in dieser Hinsicht sehr verwickelt auszusagen. Erwidert sich ebenfalls, daß nicht auch bei der Anstellung der Lehrer die Rechte der Gemeinden in Betracht kommen könnten. Und so hinsichtlich noch in manchen Punkten Meinungsverschiedenheiten. Die Vertreter der Städte im Herrenhaus hätten alle Veranlassung, hier solche Fragen vorzubringen.

Minister Dr. Boffe erwidert, daß die Regierung der Mitteilung der Rechte auf dem Gebiete des Schulwesens nicht entgegen sei, und es sei ein völlig unzulässiges Verordnen der Städte immer Opfer für das Schulwesen aufzuliegen und ihnen dann ihr Recht zu bestreiten. Eine solche Lebensweise würde ihm durchaus nicht, und er müsse gegenbellige Ansichten entwickeln zurückweisen. Die Gemeindeväter sollten auch in Zukunft Gemeindeväter bleiben und sich hinsichtlich nicht, sondern reine Staatsbeamte zu machen. Das Aufsichtsrecht des Staates werde in durchaus milder Weise ausgeübt und den Gemeinden die Verwaltung der Schulen überlassen. In die Rechte der Schulverwaltungen einzugreifen, lege ihm vollkommen fern, nur müsse er verlangen, daß die Schulverwaltungen zu diesen Deputationen zugelassen werden, und daß gewisse einzelne Befehlsbefugnisse würden von ihm eingehend und wohlwollend geprüft. Regierung und Schulverwaltung müßten auf diesem Gebiete um Sells des Vortandes zusammenwirken.

Herr Oberbürgermeister Schmieding bittet den Minister, die obigen Punkte, die allgemein als Bedauernde betrachtet werden, genau zu prüfen und dann die Bestrengungen anzuweisen, wenigstens einseitig in Bezug auf diese Punkte zu bestehen. Mehreres ist ihm im übrigen den Klagen des Oberbürgermeisters Schmieding an und betont noch im besonderen, daß die Gemeinden nicht einmal einen Schulrat machen könnten, ohne daß die Regierung davon habe.

Herr Oberbürgermeister Neumann wünscht eine staatliche Subvention für die St. Volksschule in Döhring.

Herr Oberbürgermeister Bender betont, daß die Stellungnahme der staatlichen Aufsichtsbehörden ein schwerer Druck für die Gemeinden seien, das erkläre sämtliche Mitglieder der städtischen Behörden ohne Ausnahme der Partei an. Der Staat müsse ein anderes Verhalten hier einschlagen. Die Selbständigkeit und Freiheit der Gemeinden müsse gewahrt bleiben, nur dann könne sie ihre Aufgaben richtig erfüllen. Manche Vorschriften des Staates in Bezug auf die Schulen seien sogar seiner Aufsicht nach vollkommen rechtsmäßig, insoweit der vielen von Fall zu Fall erlassenen Verfügungen herrsche fast in jeder Stadt ein anderes Verhalten.

Minister Dr. Boffe bemerkt, daß der Vorredner eigentlich nur über den staatlichen Zustand der Schulaufsicht, wie sie sich durch Gesetz gestaltet habe, gefragt habe und nicht über die Handhabung derselben. Eine Mitwirkung der Schulaufsicht in der Schulverwaltung sei durchaus notwendig, wenn die Schulen besser werden sollten. Einen Theil der Disziplinargewalt über den Lehrer auf die Städte zu übertragen, wie das Verlangen verlangt habe, scheint ihm ebenfalls nicht angebracht. Eine starke Hand müsse diese Disziplin führen. Das sei heute nicht anders als je.

Herr v. Hoffmann äußert Bedenken gegen eine erlässene Anweisung für die Landkirchen des Regierungsbezirks Merseburg. Durch diese Anweisung habe die Regierung seiner Aufsicht nach die Vermögensverwaltung in das Recht der Schulverwaltungen einzugreifen.

Minister Dr. Boffe erwidert, daß diese Verordnung ohne Wissen der Centralbehörde erlassen sei. Die Landesregierung könne die nötige Besorgnis gewesen, wenn die Verordnung auch sehr weitgehend gewesen sei. Die Regierung sei allerdings etwas zu eigenmächtig und bürokratisch vorgegangen, und eine Revision dieser Verfügung werde nunmehr stattfinden. Die Sache sei in Ruhe.

Herr Oberbürgermeister Bender hebt nochmals hervor, daß die von den Städten erhobenen Klagen bedenklich seien.

Herr Bieten-Schweizer bemerkt, aus allen diesen Klagen müßte der Minister doch sehen, daß es ohne ein allgemeines Schulgesetz nicht mehr geht. Wir befinden uns jetzt in einem rechtlichen Zustande. Er könne den Minister nur dringend davor warnen, alles mit allgemeinen Anweisungen ordnen zu wollen, nur ein Gesetz könne Ordnung schaffen.

Minister Dr. Boffe erwidert, daß ein allgemeines Schulgesetz noch nicht erlassen werden könne. Nur auf die Methode und den Zeitpunkt bezogen sich die Differenzen in Bezug auf ein allgemeines Schulgesetz. Es liegt ihm nichts mehr am Herzen als die schnelle Erledigung zu erhalten und sobald als möglich durch Gesetz zu sichern.

Herr v. Schenck-Carolath verwendet sich für das

höhere Vertheilung des Botanischen Gartens in Berlin als freier Platz. Bekannt werden dürfte er seiner Aufsicht auf seinen Fall und die Regierung möge der Stadt in Bezug auf den Ankauf des Botanischen Gartens entgegenkommen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding bemerkt, daß das neue Vertheilungsmittel den Städten zu sehr bevorzugen würde, und daß die Städte am liebsten mehr zahlen würden, doch aber in Zukunft die Städte den gegenwärtigen Einkünften des Gebietes keinen lernen würden.

Herr Oberbürgermeister Bender betont ebenfalls, daß das Gesetz die Städte schlechter stelle als früher. Es würde den Städten während der letzten Jahre ein Verlust von 100,000 Mark zufließen.

Minister Dr. Boffe nimmt nochmals das Gesetz gegen die Vertheilung in Schutz. In einigen Jahren werde in den Pensionen ein Ausgleich stattfinden und dann würden die Pensionisten in Bezug auf Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

zurück in Sachsen und Württemberg bestimmt sind und durch ihre fordernde Ausführung allgemeine Anerkennung fanden.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet das entgegen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Herr Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für den Ankauf der Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Maschinenfabrik u. Reinecke & Andag, Gr. Maasberg 40, Grösste Auswahl am Markt, Billigste Preise.



